

# Inhalt

## I. Der Streit um die Finanzverfassung 7

Die Rolle des Finanzausgleichs überdenken – Vermengung von Verantwortlichkeiten – Reform der Finanzverfassung: Mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Länder sowie Vermeidung eines nivellierenden Länderfinanzausgleichs

## II. Die gegenwärtigen Regelungen 11

Ratio des Finanzausgleichs – Keine wirkliche Steuerhoheit der Länder – Vierstufiges System der Finanzbeziehungen – Die Zahlungen – Stufen im Finanzausgleich: vertikale Steuerverteilung, horizontale Steuerverteilung, der eigentliche Finanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen – Die Umverteilungswirkungen durch den Finanzausgleich waren vorhersehbar und insofern gewollt – Das Hauptproblem: Fehlanreize durch zu hohe Grenzbelastung

## III. Historische Grundlagen der Finanzverfassung 34

Ein klares Konzept fehlte von Anfang an – Endgültige Aufgabe des Trennsystems 1955 – Sonderregelungen auf dem Prüfstand – Reform der Finanzverfassung 1995 – Chance für ein rationales und effizientes System vertan

#### IV. Kriterien einer Reform: Verantwortlichkeit, Subsidiarität, Solidarität 44

Der derzeitige Finanzausgleich belastet das politische System und gefährdet sich selbst – Deckung von Kompetenz und Verantwortung – Entscheidungskompetenz auf niedriger Ebene oder auf höherer Ebene? – Verteilung der Gesetzgebungskompetenz auf Bund und Länder – Faktische Aushöhlung der Gesetzgebungskompetenz der Länder im Namen einheitlicher Lebensverhältnisse – „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ ist kein Staatsziel – Grundsätze für eine Reform

#### V. Reformvorschläge 55

Reformziele – Abbau der Mischfinanzierung – Übernahme der Gemeinschaftsaufgaben durch die Länder – Einstellung der Finanzhilfen – Regelung der konkurrierenden Gesetzgebung – Stärkung der Steuerautonomie der Länder – Finanzausgleich nach normiertem Aufkommen – Zerlegung der Lohnsteuer – Einführung eines einfachen linearen Umverteilungstarifs – Anrechnung von Sonderlasten abbauen – Gemeindesteuer-einnahmen voll berücksichtigen – Einwohnerveredelung abschaffen, aber nicht ersatzlos – Wegfall der Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen – Langfristige Übergangsregelungen für die neuen Bundesländer – Garantieregelungen einschränken – Maßstäbengesetz

#### Zusammenfassung 72